



KOMMENTARE

Nur Mut

Klaus Welzel über das Aufbegehren der FDP gegen die Bedeutungslosigkeit

Wolfgang Kubicki weiß noch, wie es geht. Indem er den Bundeskanzler einen „Eierarsch“ schimpft, schafft es der womögliche künftige FDP-Chef in die Schlagzeilen. Was er zur Brandmauer-Debatte und zur AfD zu sagen hat, verhallt angesichts dieser Verbalinjurie. Und offen gestanden: Es war auch nicht so bemerkenswert. Dass die FDP auch unter ihrem früheren Vize eine bürgerliche und eine demokratische Partei bleiben würde, war schließlich zu erwarten.

Dennoch könnte es mit so einem Parteichef etwas werden. Kubicki ist zwar nicht mehr der Jüngste. Aber er wirkt selbst in angegrautem Zustand mental jugendlicher als ein stets beherrschender Herr Lindner und auch als dessen farbloser Nachfolger Dürr. Mitten in der Wirtschaftskrise die Freiheit des Geldes zu predigen, war vielleicht auch nicht der allerweinste Versuch, auf Stimmenfang zu gehen.

Will Kubicki die Liberalen wieder in den Bundestag führen, dann benötigt er neben einer guten, also einer auffallend guten Performance: Themen. Da die Wirtschaftskompetenz bei der Union nicht überschäumend zutage tritt – eine Elfmeterschance für die Kubicki-FDP. Und wer, wenn nicht die FDP, wäre in der Lage, die Verbotsgesellschaft von sich selbst zu befreien? Schimpfen sollen dann die anderen.

Kontakt halten

Celina Ford zum Besuch des Schah-Sohns Reza Pahlavi in Berlin

Reza Pahlavi, der Sohn des letzten iranischen Schahs, polarisiert die iranische Opposition wie kaum ein anderer. Dementsprechend spannungsgeladen war sein Besuch in Berlin. Kritiker sehen in ihm ein Sinnbild längst vergangener Zeiten, die im Vergleich zum Mullah-Regime zwar besser, aber auch nicht sonderlich rosig waren. Sollten die Mullahs gestürzt werden, hat der ehemalige Kronprinz bereits mehrfach angeboten, als Übergangsführer einzuspringen. Die Kritiker sehen ihn dafür aber nicht geeignet – die monarchische Kontaktschuld wiegt zu schwer. Viele in der Opposition wünschen sich für Irans Zukunft einen Bruch mit den alten Mächten.

Gleichwohl muss man ihm zugute halten, dass er weltweit auf Tour geht, um sich für die Freiheit des iranischen Volkes einzusetzen. Die Iraner sind auf Hilfe von Außen angewiesen. Pahlavi mag ein politisches Fliegengewicht sein. Für Außenminister Wadepul ist er lediglich eine „Privatperson“. Deshalb empfängt die Bundesregierung ihn auch nicht. Doch bei aller berechtigter Zurückhaltung sollte man darauf bedacht sein, die Kanäle offen zu halten. Wie Irans Zukunft aussieht, ist ungewiss. Pahlavi bleibt vielleicht nicht immer eine Privatperson.

Einschreiten

Gernot Heller zur IW-Studie über die Plattformen Shein und Temu

Man muss die chinesischen Verkaufsplattformen Temu und Shein nicht mögen. Dennoch sollten sie ihren Platz im bunten Strauß des deutschen Einzel- mitsamt des Online-Handels haben – allerdings nur, sofern sie sich an die Regeln halten. Allein, dass Temu und Shein den deutschen Einzelhandel nach einer neuen Studie jährlich rund zweieinhalb Milliarden Umsatz kosten, ist noch kein Grund, sie in Deutschland aus dem Geschäft zu drängen. Das ist Marktwirtschaft, auch wenn sie vielerorts nicht idealtypisch funktioniert. Allein, dass mehr als die Hälfte der Käuferinnen und Käufer auch woanders zugeschlagen hätten, wenn die gewählten Produkte zu gleichen Bedingungen angeboten würden, zeigt das Problem: Der Preis.

Das verweist aber auf das wahre Problem der beiden Plattformen. Sie schützen die Märkte mit billigem Schund zu, der oft auch gefährlich ist. Vorgaben für die Sicherheit von Produkten werden immer wieder ignoriert. Sie stehen darüber hinaus im Verdacht, unzulässige Preisvorgaben für Händler, die auf ihren Plattformen anbieten, zu treffen. Mit fairem Wettbewerb hat das nichts zu tun. Solche Praktiken sind nicht hinnehmbar. Deshalb sind die Behörden gefordert, knallhart einzuschreiten.



Zermürben die Mullahs Trump?

Karikatur: Heiko Sakurai

„Der kanadische Cowboy muss nicht ständig seine Knarre ziehen“

Kanada-Expertin Stefanie Schäfer über Unterschiede zu den USA und die Annäherung an Europa

Von Christian Altmeier

Heidelberg. Die Kanada-Expertin Stefanie Schäfer (Foto: Ines Grabner) ist Inhaberin des Lehrstuhls für Amerikanische Literatur- und Kulturwissenschaft an der Universität Mannheim. Sie sitzt im Vorstand der Gesellschaft für Kanada-Studien, deren Präsidentin sie im kommenden Jahr wird.



> Frau Professor Schäfer, ist Kanada das „bessere Amerika“?

Vielleicht das bessere Nordamerika (lacht). Tatsächlich hat die Rivalität zwischen Kanada und den USA eine lange Tradition. Die Kanadier bezeichnen sich zum Beispiel oft als die Netteren. Wir haben jetzt bei den Olympischen Spielen auch sehr emotionale Szenen gesehen beim Eishockeyfinale zwischen Kanada und den USA. Da geht es wirklich um ganz viel und das hat natürlich auch mit Trumps Expansionsplänen zu tun. Die imperiale Politik des US-Präsidenten und sein offenes Verlangen nach Kanadas Bodenschätzen hat den kanadischen Nationalismus befördert.

> Trump wollte Kanada als 51. Bundesstaat in die USA eingliedern. Was hat das in Kanada ausgelöst?

Der kanadische Nationalismus war vorher nicht so ausgeprägt, aber seit diese aggressiven Töne aus dem Süden kommen, krepeln die Kanadier ihre Ärmel hoch. Der Premierminister Mark Carney hat vor ein paar Monaten das Eishockey-Motto „Elbows up“ (Ellenbogen hoch) genutzt, um zu sagen: wir lassen uns nicht von den Amerikanern über den Tisch ziehen.

> Welche politischen Folgen hat das?

Mark Carney hat zu Anfang dieses Jahres eine vielbeachtete Rede beim Weltwirtschaftsforum in Davos über die Rolle der Mittelmächte gehalten. Darin sagte er, Kanada müsse sich jetzt mit anderen Nationen für einen „wertebasierten Realismus“ zusammenschließen und wolle sich Europa annähern. Das ist für Europa natürlich ein absoluter Glücksfall.

> Gibt es konkrete Pläne, wie die Beziehungen intensiviert werden sollen?

Ja, es gibt bereits erste Verpflichtungen auf der wissenschaftlichen und auf der ökonomischen Ebene. In der Wissenschaft ist es so, dass Kanada jetzt den den EU-Förderprogrammen beigetreten ist, sodass wir mit kanadischen Wissenschaftlerinnen



und Wissenschaftlern kooperieren können, als ob sie in der EU wären. Wirtschaftlich gibt es ja bereits das EU-kanadische Freihandelsabkommen Ceta, das aber noch nicht von allen EU-Parlamenten ratifiziert worden ist. Zudem wird inzwischen sogar ein EU-Beitritt Kanadas diskutiert. Zumindest soll es durch neue Sicherheitskooperationen eine weitere Annäherung geben. Kulturell sieht sich Kanada stark in seinen beiden kolonialen Ursprungskulturen verhaftet, also im British Empire und in Frankreich.

> Welche Rolle spielt der Populismus?

Es gibt in Kanada eine populistische Bewegung. Angeführt wird sie von Pierre

Poillievre, der auch durchaus erfolgreich war. Mit der Wahl von Mark Carney ist dieses populistische Moment in meiner Wahrnehmung ein bisschen ins Hintertreffen geraten. Aber wenn man sich die populistischen und transnationalen Organisationsformen der Neuen Rechten anschaut, kann man schon auch in Kanada ein ähnliches Phänomen beobachten; es gibt zunehmend rechtgerichtete terroristische Organisationen, die Regierung hat dazu 2021 eine Liste veröffentlicht.

> Der US-Populismus wird von Gott, Waffen und Trump geprägt. Wie ist das mit Gott und Waffen in Kanada?

Kanada ist als multikulturelle Gesellschaft durchaus christlich geprägt, aber eben nicht so ethnonationalistisch und christlich-fundamentalistisch wie die USA. Das heißt, es gibt eine weniger starke Orientierung an christlichen Erzählungen und christlicher Religion, und in der frankophonen Kultur sowie bei den Métis spielt der Katholizismus eine große Rolle. Christliche Fundamentalisten die auch die Politik beeinflussen, wie wir sie aus den USA kennen, gibt es weniger.

> Wie ist es mit Waffen?

In Kanada gibt es ähnliche Waffenrechte wie in Europa, also Waffen sind prinzipiell verboten und es gibt auch nicht die gleichen Selbstverteidigungs-Klauseln in der Verfassung wie in den USA. Der kanadische Westen wird sogar oft als satirischer Gegenpart zum schießwütigen US-amerikanischen „Wilden Westen“ gezeichnet. Tatsächlich ist in einem Artikel vom Calgary Herald aus dem Jahr 1892 die Rede vom freundlichen kanadischen Cowboy als „gentleman in boots“, der genauso gut reiten kann, genauso männlich ist und wortkarg, aber halt nicht ständig seine Knarre ziehen muss.

Mehr Bio beim Tanken

Der Bundestag macht den Weg für klimafreundlicheren Sprit frei – E5 könnte ganz verschwinden

Von Mareike Kürschner, RNZ Berlin

Berlin. Jeder Cent tut weh an der Zapfsäule. Trotzdem zahlt ein Großteil der Verbraucher unnötig mehr – weil er Super E5 statt Super E10 tankt. Der Preisunterschied liegt bei rund sechs Cent. Und in der Beimischung: E10 enthält maximal zehn Prozent Bioethanol. E5 wird maximal fünf Prozent Bioethanol beigemischt. Bioethanol wird aus Pflanzen hergestellt, etwa aus Weizen, Mais, Zuckerrüben, aber auch Pflanzenabfällen oder Holz – und ist damit umweltfreundlicher.

Diesen Umstand will die Politik nutzen, um ihre Klimaziele im Verkehrssektor voranzutreiben. Sie verabschiedete am Donnerstag die Änderung der Treibhausgas-Minderungsquote (THG-Quote) bei Kraftstoffen. Was sperrig klingt, ist eine Anpassung zur stärkeren Nutzung von regenerativem Sprit, womit eine EU-Richtlinie umgesetzt wird. Bis 2040 wird die Quote auf 65 Prozent angehoben. Sie verpflichtet Kraftstoffanbieter, die Treibhausgasemissionen ihrer Kraftstoffe schrittweise zu senken. Wer fossile Kraftstoffe verkauft, muss nachweisen, dass ein

bestimmter Anteil des Sprits klimafreundlich ist – oder er zahlt eine Abgabe. Ein höherer Anteil an Bioethanol senkt die Emissionen – und damit die Kosten.

Doch was heißt das für Verbraucher? Wie der ADAC schon seit Jahren anregt, wird mit der Gesetzesanpassung auch die Vorhaltepflcht von E5 an Tankstellen aufgehoben. „Wir reizen so auch die Beimischung von Bioethanol an, was den Kraftstoff günstiger macht, weil weniger CO₂-Steuer anfällt“, sagte Christian Moser, umweltpolitischer Sprecher der CSU, unserer Zeitung. Als Vorbild dient Österreich, das seit 2023 von E5 auf E10 umgestellt hat. Dort bieten viele Tankstellen nur noch den klimafreundlicheren Sprit.

Allerdings hält sich in Deutschland hartnäckig das Gerücht, E10 sei schädlich für den Motor, weshalb laut ADAC weniger als ein Drittel der Fahrer von Benzinern den günstigeren Kraftstoff tankt. Dabei sind laut dem Automobilverband fast alle Benzin für E10 geeignet. Ausnahme bilden einige wenige Modelle, die vor 2012 gebaut wurden. Hinweise dazu finden sich in der Bedienungsanleitung oder direkt auf dem Tankdeckel.

„E10 hat einen schlechten Ruf, das müssen wir ändern“, meint CSU-Politiker Moser. „Vor allem weil die Überlegungen zu einem größeren Bioethanol-Anteil vorangehen. E20 wird auf EU-Kommissionsebene diskutiert, auch die Autohersteller sind offen dafür.“ Das würde bedeuten, dem Kraftstoff wird dann bis zu 20 Prozent Bioethanol beigemischt.

Die Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie, Hildegard Müller, begrüßte die Einigung und hob vor allem den vorgesehenen stärkeren Anstieg der Unterquote für erneuerbare Kraftstoffe wie Wasserstoff und E-Fuels hervor. Sie soll bis 2040 auf zehn Prozent ansteigen.

Der energiepolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Michael Kellner, hält dagegen den Fokus auf E-Fuels, also synthetische Kraftstoffe, für falsch. „E-Fuels sollten Kerosin ersetzen, an Tankstellen haben sie nichts zu suchen“, sagte er unserer Zeitung. „Die Regierung macht Tanken damit unnötig teurer.“ Schon heute sei „ein E-Auto im Betrieb die günstigere Wahl“, so Kellner. „Wir müssen uns unabhängiger machen von fossilem Öl und Gas.“

RNZ-RÜCKSPIEGEL

24. April 1911

Heute vor 115 Jahren kam der Politiker Karl Schiller auf die Welt

Er war ein Typ. Fachlich unangefochten, menschlich umstritten und sprachlich erfinderisch. „So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig“, war das Credo von Karl Schiller, von 1966 bis 1972 Wirtschaftsminister, im letzten Jahr zusätzlich auch Finanzminister. Der erste „Super-Minister“ am Ende der ersten Rezession in der BRD. Darauf antwortete er mit dem Stabilitätsgesetz und der Konzentrierten Aktion: An einem runden Tisch versuchten Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften die Probleme gemeinsam zu lösen. Als Bundeskanzler Willy Brandt weitere Reformen mit Steuern und Schulden finanzieren wollte, verließ Schiller die Regierung und die SPD. Sein Ressort übernahm 1972 Helmut Schmidt, der zwei Jahre später Bundeskanzler wurde. Schillers Redewendungen, wie „ohne Wirtschaft keine Politik“ oder „die Tassen im Schrank zu lassen“, haben bis heute überlebt. Längst wieder zurück in der SPD starb er 1994 im Alter von 83 Jahren in Hamburg. fsl

PRESSESPIEGEL

Kein überzeugender Anführer

Die „Volksstimme“ aus Magdeburg schreibt zum Schah-Sohn in Berlin:

„Pahlevi trägt dick auf und redet von einem Berliner-Mauer-Moment im Iran. Die unbekannte Größe ist die schweigende Mehrheit seiner Landsleute. Mit einer Wiederauflage der Schah-Monarchie könnten sie aber vom Regen in die Traufe geraten. Von einem Regimewechsel im Iran reden die Amerikaner jedenfalls kaum noch. Dafür bräuchte es eine überzeugende Figur an der Spitze. Genau das ist Reza Pahlevi nicht.“

Kosten lassen sich nicht aufschieben

Das „Handelsblatt“ aus Düsseldorf meint zu Sparplänen in der Pflegeversicherung:

„Damit geht Warken zu weit. Pflege lässt sich nicht verschieben. Wer Pflege braucht, braucht sie sofort – und von da an sehr wahrscheinlich bis zum Lebensende. Wenn hier gekürzt wird, wird die Last im System nur verschoben: auf Angehörige, auf Kommunen oder auf Krankenhäuser.“

Wirtschaftswachstum hilft allen

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ bemerkt zur Rentenpolitik:

„Es gilt, die seit bald sieben Jahren stagnierende deutsche Wirtschaft zu stärken. Dafür müssen die Bedingungen für Wertschöpfung besser werden. Wer das will, muss etwas dagegen tun, dass die beitrags- und steuerfinanzierten Sozialausgaben noch weiter steigen.“

Es fehlt an Expertise

Zu Verhandlungen im Irankrieg heißt es in der niederländischen „de Volkskrant“:

„Für Verhandlungen, bei denen die Lösung im Detail liegt (...), haben sich die trumpistische Geringschätzung von Fachwissen und der Mangel an diplomatischer Expertise als hinderlich erwiesen. (...) Es ist höchste Zeit, dass andere Länder das diplomatische Vakuum füllen, das Trump geschaffen hat. Die britisch-französische Initiative zur Straße von Hormus kann eine Grundlage für umfassendere Verhandlungen bilden.“

IMPRESSUM

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG



Gegründet 1945 als erste deutsche Zeitung in Württemberg-Baden

Herausgeber: Inge Hölzke, Joachim Knorr

Chefredakteure: Inge Hölzke, Dr. Klaus Welzel

Chef vom Dienst: Joachim Knorr, Thomas Heilmann · Politik/Wirtschaft: Dr. Klaus Welzel, Stellv. Christian Altmeier · Feuilleton: Dr. Volker Osterreich · Sport: Claus Weber, Stellv. Nikolas Beck · Metropolregion/Bergstraße: Carsten Blau, Stellv. Alexander Albrecht, Stefan Hagen · Redaktion Heidelberg: Alexander R. Wenisch, Stellv. Holger Buchwald · Region Heidelberg: Christoph Moll, Stellv. Felix Hill · Magazin: Ute Teubner · Reise: Robin Hölzke · Service-/Kinderredaktion: Constanze Werry · Verlagsleiter: Joachim Knorr, Thomas Heilmann · Anzeigen: Andreas Miltner · Vertrieb: Michael Engelhardt, Stellv. Jochen Spilger

Redaktion und Verlag: Rhein-Neckar-Zeitung GmbH Druck: Heidelberger Mediengestaltung-HVA GmbH, 69123 Heidelberg, Hans-Bunte-Straße 18

Geschäftsstelle Heidelberg: Neugasse 2

Der Monatsbezugspreis des täglichen Abonnements inkl. Zustellung beträgt 68,70 €. Weitere Bezugspreise auf Anfrage bzw. unter shop.rnz.de/abo. Abbestellungen können nur in Textform ausgesprochen werden. Bei Störung durch höhere Gewalt, Streik, Aussperrung besteht kein Ersatzanspruch. Gültige Anzeigenpreise: Nr. 78. Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr.

Erscheint mit folgenden Ausgaben:

Heidelberger Nachrichten, Region Heidelberg, Wieslocher Nachrichten/Walldorfer Rundschau, Eberbacher Nachrichten, Bergstraße/Mannheim – Weinheimer Rundschau, Sinsheimer Nachrichten – Bad Rappenauer Bote/Eppinger Nachrichten, Mosbacher Nachrichten, Nordbadische Nachrichten.